

Der Tod der Hybrid-Fahrzeuge

geschrieben von Chris Frey | 19. Dezember 2025

Paul Homewood, [NOT A LOT OF PEOPLE KNOW THAT](#)

Da wir gerade beim Thema Elektroautos sind: Die Zeitung „The Telegraph“ hat einige Unlogik bei der Besteuerung von Plug-in-Hybridfahrzeugen aufgedeckt:

[telegraph.co.uk](https://www.telegraph.co.uk)

Why Reeves has sparked the death of the plug-in hybrid

Joe Wright

Als der [Plug-in-Hybrid](#) Toyota Prius 2012 auf den Markt kam, war seine Kombination aus wiederaufladbarem Akku und Benzinmotor als das Beste aus beiden Welten gepriesen worden.

Anstatt wie bei früheren Hybridmodellen den Elektromotor durch regeneratives Bremsen aufzuladen, können Besitzer von Plug-in-Hybridfahrzeugen (PHEV) ihr Auto nun an eine dreipolige Steckdose anschließen und so eine größere elektrische Reichweite erzielen – mit der zusätzlichen Sicherheit eines Benzinmotors als Backup. Das könnte Geld sparen, die Reichweitenangst verringern und gut für die Umwelt sein.

Doch PHEVs sind dabei, zu den unbeliebtesten Autos des Landes zu werden. Ab 2028 werden diejenigen, die Plug-in-Hybride wegen ihrer Umweltfreundlichkeit gekauft haben, zu den am stärksten besteuerten Autofahrern gehören.

Im Rahmen der neuen [Straßenbenutzungsgebühr-Initiative](#) der Regierung werden sie mit einer „unlogischen“ Gebühr von 1,5 Pence pro Meile belastet. Zusätzlich zu den Kilometergebühren müssen sie weiterhin Kraftstoffsteuer an den Tankstellen [zahlen](#), sodass sie für jede gefahrene Meile praktisch doppelt besteuert werden.

Elektrofahrzeuge (EVs) werden mit einem höheren Satz von 3 Pence pro Meile belegt, aber da die Fahrer keine Kraftstoffsteuer zahlen, wurde das Prinzip einer kilometerabhängigen Steuer stillschweigend akzeptiert. Selbstladende Hybride, die nicht an die Steckdose angeschlossen werden,

sind von der neuen kilometerabhängigen Gebühr nicht betroffen und zahlen weiterhin die normale Kraftstoffsteuer.

Autohändler gehen davon aus, dass genervte PHEV-Besitzer ihre Fahrzeuge schnell verkaufen werden, wird doch die Nachfrage bis zur Einführung der [kilometerabhängigen Steuer](#) im Jahr 2028 zwangsläufig sinken.

Der ganze Artikel steht [hier](#).

Aufeinanderfolgende Regierungen haben Hybridfahrzeuge als Sprungbrett für vollelektrische Autos gefördert. Diese ganze Geschichte macht jedoch deutlich, dass die gleichen Regierungen die Augen vor den künftigen Einbußen bei den Einnahmen aus der Kraftstoffsteuer verschlossen haben. Es war ein Fall von „das Problem auf die lange Bank schieben“. Dank der ZEV-Vorgaben rächt sich das nun!

Lange Zeit gab es viele – offen gesagt – unsinnige Diskussionen über Straßenbenutzungsgebühren mithilfe von Satellitentechnologie und Blackboxen. Satellitentechnologie? Eher Wunschdenken! Wie ich oft gesagt habe würde es Jahre dauern, bis ein solches System einsatzbereit wäre, und wahrscheinlich würde es dann nicht einmal funktionieren.

Jetzt sehen sich EV-Fahrer mit der harten Realität konfrontiert, dass sie ihren Anteil an den Steuern zahlen müssen, und sie sind in Aufruhr. Natürlich hätten die Regierungen sie schon vor Jahren vollständig besteuern sollen. Meine Lösung wäre gewesen, alles über die Kfz-Steuer zu berechnen, sagen wir 1000 £ pro Jahr. Das hätte natürlich die Einführung von Elektrofahrzeugen komplett zunichte gemacht!

The Telegraph stellt fest, dass die meisten PHEVs eine winzige Batteriereichweite haben:

Plug-in-Hybride haben in der Regel eine begrenzte Reichweite ihres Akkus, so dass Fahrer häufig die Elektroantriebs-Kapazität ihres Autos ignorieren. Die durchschnittliche Reichweite des Elektroantriebs eines PHEV beträgt 20 bis 100 Kilometer. Dies ist im Vergleich zu den Kapazitäten reiner Elektrofahrzeuge, die laut Tests der Verbraucherorganisation Which? mit einer einzigen Ladung über 480 Kilometer zurücklegen können, verschwindend gering.

Die schwache Batteriereichweite von PHEVs führt dazu, dass viele Besitzer sich nicht die Mühe machen, ihr Auto aufzuladen oder die Elektrofunktion zu nutzen. Dennoch werden ihnen für jede gefahrene Meile 1,5 Pence berechnet.

David Sillito, der einen Plug-in-Hybrid von Lexus fährt und in Zentralschottland lebt, sagte: „Wenn ich an einem Wochenende nach Manchester und zurück fahre und am nächsten Wochenende nach Newcastle und zurück, um meine Kinder zu besuchen, lege ich etwas weniger als 1.000 Meilen zurück. Aber etwa 900 davon würde ich mit dem Verbrennungsmotor zurücklegen, sodass ich 1,5 Pence pro Meile für 900

Meilen zahle, für die ich bereits Kraftstoffsteuer bezahlt habe.

Das finde ich absolut verrückt und unfair.“

Das zerstört natürlich die Vorstellung, dass PHEVs den Planeten retten. Ich hatte Anfang dieses Jahres eine Woche lang einen MG-Hybrid gemietet. Der Mann, der ihn mir brachte sagte, das Kabel sei im Kofferraum, aber niemand hat sich die Mühe gemacht, es zu benutzen! Sie haben einfach Benzin getankt!

Ein anderer Fahrer kommentiert:

„Hier vor Ort haben wir BP-Schnellladegeräte, die 89 Pence pro Kilowattstunde kosten. Mit einer 14,4-Kilowatt-Batterie komme ich etwa 33 Meilen weit. Das entspricht für mich ungefähr 38 Pence pro elektrischer Meile, während ich bei Tesco mit einer Tankfüllung 50 Meilen pro Gallone schaffe, was ungefähr 11 Pence pro Meile entspricht“, sagte er.

„Es ist also einfach unwirtschaftlich, das Auto anzuschließen. Aber obwohl ich nicht elektrisch fahre, werden mir jetzt zusätzlich 1,5 Pence berechnet, nur weil es mit einem Stecker ausgestattet ist.“

Jedes zehnte Auto, das dieses Jahr in Großbritannien verkauft wird, ist ein PHEV, aber es scheint, dass die meisten davon Firmenwagen sind, dank ihrer großzügigen Steuersätze für Sachbezüge.

In Wirklichkeit sind Hybride eine Technologie ohne Zukunft. Nach den aktuellen Plänen werden neue PHEVs nach 2035 verboten. Zwischen 2030 und 2035 unterliegen sie den gleichen strengen ZEV-Vorschriften wie Benziner heute.

Kein Hersteller wird Geld für die Entwicklung neuer Modelle und die Einrichtung von Produktionslinien ausgeben.

Link: <https://wattsupwiththat.com/2025/12/16/the-death-of-the-hybrid/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Ökonomie der Net Zero-Phantasterei

geschrieben von Chris Frey | 19. Dezember 2025

Cap Allon

NESO, der nationale Energieversorger, ist die neue Behörde, die National Grid ESO ersetzt. Sie soll als neutraler Planer für Großbritannien fungieren. Stattdessen präsentiert deren neuer [Bericht](#) eine Welt, in der Netto-Null-Emissionen billig und fossile Brennstoffe unerschwinglich teuer sind.

Die Kostenübersicht im Zentrum des Berichts platziert Wind- und Solarenergie am unteren Ende, während die Preise für konventionelle Energie – darunter Gaskraftwerke, Gas mit Kohlenstoffabscheidung und Wasserstoffturbinen – nach oben getrieben werden. NESO fügt dann allen verfügbaren Energiequellen „Kohlenstoffkosten“ hinzu und treibt so künstlich die Preise für Technologien in die Höhe, welche die Stabilität des Stromnetzes gewährleisten.

Der Bericht bläht auch den „Auslastungsfaktor“ (einfach gesagt, wie viel Strom eine Energiequelle tatsächlich im Laufe der Zeit erzeugt) künstlich auf. Wenn ein Windpark das Potenzial hat, 100 Einheiten zu produzieren, aber nur 40 liefert, beträgt sein Auslastungsfaktor 40 %. Höhere Auslastungsfaktoren senken die Kosten auf dem Papier, da die Baukosten auf mehr Strom verteilt werden.

NESO geht davon aus, dass Offshore-Windenergie bis 2035 einen Auslastungsgrad von 51 % erreichen wird. Die im Oktober veröffentlichten Daten der britischen Regierung zeigen jedoch, dass der Flottendurchschnitt bei 43,6 % liegt – und selbst diese Zahl ist lächerlich. Viele britische Windparks arbeiten mit einem Auslastungsgrad von 30 % oder weit darunter, insbesondere wenn die Rotorblätter erodieren und mechanischer Verschleiß einsetzt. Alternde Turbinen verlieren an Leistung; der Trend ist nur noch rückläufig.

Darüber hinaus werden Windparks (selbst wenn der Wind weht) regelmäßig aufgefordert, den Betrieb einzustellen, weil das Netz die Energie nicht aufnehmen kann. Insbesondere Schottland produziert weit mehr Windenergie, als seine Übertragungsleitungen transportieren können, sodass die Turbinen regelmäßig abgeschaltet werden, während die Unternehmen weiterhin bezahlt werden, als würde dieser Strom genutzt – die „Einschränkungs Zahlungen“ belaufen sich mittlerweile auf Milliardenbeträge.

Durch die Einschränkung gelangen riesige Mengen potenzieller Elektrizität nie in das System. Eine Windfarm mag technisch gesehen einen Lastfaktor von 40 % erreichen, aber wenn das Netz nur einen Bruchteil ihrer Leistung aufnimmt, liegt die tatsächliche Zahl weit darunter. Die Verbraucher zahlen weiterhin die Rechnung, aber der Strom wird nie genutzt. Die Modellierung von NESO ignoriert dies vollständig und entfernt dieses Problem einfach aus der Kalkulationstabelle. Sie behandelt die zukünftige Windenergieproduktion so, als ob jede Turbine immer in der Lage wäre, Strom in ein uneingeschränktes und perfekt ausgebautes Netz einzuspeisen. Aber Großbritannien hat weder die Übertragungs-, Speicher- noch die Backup-Kapazitäten aufgebaut, die

erforderlich wären, um diese Phantasterei Wirklichkeit werden zu lassen.

Der gleiche Optimismus zieht sich durch den gesamten Bericht. Die Kapitalkosten sind niedriger als das, was Unternehmen tatsächlich zahlen. Die Lebensdauer der Anlagen ist länger als in der Branche üblich. Und die auf Gas erhobenen CO₂-Abgaben existieren nur in politischen Tabellenkalkulationen, nicht auf dem Markt. Jeder optimistische Input drückt die Kosten für erneuerbare Energien nach unten und die für feste, zuverlässige Energie nach oben.

Nichts davon reflektiert, was Haushalte und Unternehmen wirklich bezahlen.

Wären Wind- und Solarenergie wirklich die günstigsten Stromquellen, würden die Rechnungen sinken, je mehr davon ins System eingespeist würden. Stattdessen steigen sie, die Subventionen explodieren und das Stromnetz wird immer anfälliger, vor allem aufgrund mangelnder Trägheit.

Die britische Energiepolitik orientiert sich an fiktiven Dokumenten – und damit ist sie nicht allein. Dies ist ein globales Problem. In ganz Europa, Australien, Neuseeland, Kanada und sogar in Teilen der USA stützen die Nationen ihre Energiezukunft auf eine Fantasie-Ökonomie.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/blizzards-hit-china-heavy-snow-pound-s?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email
(Zahlschranke)

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Ford nimmt 20 Milliarden Dollar Verlust in Kauf, um Kurs bei Elektroautos zu ändern

geschrieben von Chris Frey | 19. Dezember 2025

Paul Homewood, [NOT A LOT OF PEOPLE KNOW THAT](#)

Der *Telegraph* schreibt:

Ford takes \$20bn hit to reverse course on electric cars

Nora Redmond

Ford wird einen Verlust von 19,5 Milliarden Dollar (14,5 Milliarden Pfund) hinnehmen müssen, da es seine Pläne aufgegeben hat, erhebliche Summen in Elektroautos zu investieren.

Der US-Automobilriese hat die Produktion von Elektrofahrzeugen (EV), darunter auch die Produktion von großen batteriebetriebenen Pick-up-Trucks, aufgrund eines [Einbruchs](#) der Nachfrage seitens der Autofahrer zurückgefahren.

Ford erklärte, dass die „geringer als erwartete“ [Nachfrage](#) nach Elektrofahrzeugen zu Verlusten in Milliardenhöhe geführt habe.

Stattdessen wird der Autohersteller aus Detroit mehr in den Bau konventioneller Lastwagen und Transporter sowie kostengünstigerer Elektrofahrzeuge investieren und ein neues Geschäftsfeld für Batterie-Energiespeicher aufbauen.

Die am Montag an der Wall Street bekannt gegebene Abschreibung in Höhe von 19,5 Mrd. US-Dollar ist einer der größten finanziellen Rückschläge, den ein Autohersteller bisher erlitten hat, da sich die Wetten auf Elektrofahrzeuge angesichts der einbrechenden Nachfrage als Fehlschlag erwiesen haben.

Die Abschreibung von Ford umfasst 6 Milliarden Dollar für die Auflösung eines Joint Ventures mit dem südkoreanischen Unternehmen SK Group. Die beiden Unternehmen hatten geplant, eine riesige Batteriefabrik in Kentucky zu bauen, um die EV-Vision von Ford voranzutreiben, aber dieser Plan wurde nun verworfen.

Die ganze Geschichte steht [hier](#).

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/12/17/ford-takes-20bn-hit-to-reverse-course-on-electric-cars/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Der unvermeidliche Zerfall des Klimakults

geschrieben von Chris Frey | 19. Dezember 2025

Vijay Jayaraj

Der Zusammenbruch des Pariser Abkommens und die Entlarvung der Netto-Null-Illusion waren für jeden, der auch nur einen Funken intellektueller Ehrlichkeit besitzt, nie schwer vorherzusagen. Dazu brauchte es weder einen ausgefallenen Forschungstitel noch einen höheren akademischen Grad. Die Zeichen waren tief in den Stein der energetischen Realität gemeißelt, und keine Pressemitteilung, keine Aktivistenlobby und keine von Milliardären finanzierte Stiftung konnte sie auslöschen.

Die meisten Nationen – insbesondere diejenigen, die noch am Anfang ihrer Zukunftsgestaltung stehen – nickten den Klimazielen nur mit leeren Worten zu. Ihre Beteiligung war ein durchsichtiger Versuch, politischen Einfluss zu gewinnen. Der Klimakreuzzug überlebte, indem er die politische Klasse gekapert, Daten durch gefügte Wissenschaftler manipuliert und Medien-Imperien in Sprachrohre der Angst verwandelt hat.

Bill Gates trat in einem kürzlich anlässlich der COP30 der Vereinten Nationen, einem jährlichen Treffen von Jetset-Moralisten, veröffentlichten Artikel von der Frontlinie des Klimaalarmismus' zurück. Gates räumt ein – gestützt durch den jüngsten Bericht des US-Energieministeriums über Kohlendioxid –, dass die Welt nicht aufgrund des Klimawandels untergehen wird.

Er hat dazu aufgerufen, den Schwerpunkt auf dringlichere Bedürfnisse zu verlagern. Gates sagt, dass „wir noch jahrzehntelang auf fossile Brennstoffe angewiesen sein werden“, dass „keine einzelne Technologie die Weltwirtschaft dekarbonisieren kann“ und dass „das Tempo des Wandels langsam sein wird“. Er reagiert damit auf das Scheitern einer Ideologie, die mit den Gesetzen der Physik kollidiert ist.

In den jüngsten Wahlkämpfen in New York mussten einige der bekanntesten Verfechter des Green New Deal, Alexandria Ocasio-Cortez und Bernie Sanders, mit ansehen, wie ihr Klima-Evangelium in den Hintergrund gedrängt wurde und nicht mehr im Mittelpunkt stand. Die Wähler hörten mehr über Wohnraum, Arbeitsplätze und öffentliche Sicherheit als über Dekarbonisierung, Offshore-Windenergie oder Emissionszertifikate.

Dies sind Anzeichen für eine größere Bewegung, die sowohl in den Vereinigten Staaten als auch im Ausland im Gange ist.

In der britischen Nordsee und vor der Ostküste der USA werden riesige Windkraftprojekte gestrichen. Grüner Stahl hat es schwer, mit herkömmlichem Stahl aus fossilen Brennstoffen zu konkurrieren. Ölkonzerne, die jahrelang Milliarden Dollar für „grünes“ Branding und Virtue Signaling ausgegeben haben, ziehen sich nun still und leise von ihren ehrgeizigen Klimazielen zurück.

Im Jahr 2025 schockierte Argentinien die internationalen Institutionen mit seinem Austritt aus dem Pariser Abkommen. Präsident Javier Milei erklärte, sein Land werde sich nicht länger „vor Klimabürokraten verbeugen“. China setzt den raschen Bau von Kohlekraftwerken fort und baut mehr Kohlekraftwerkskapazitäten aus als der Rest der Welt zusammen. Indiens Kohleverbrauch ist so hoch wie nie zuvor, und die Regierung versteigert aggressiv neue Kohleblöcke.

Die Schwellenländer in Asien und Südamerika wissen, dass ihr Überleben von Kohle, Öl und Erdgas abhängt. Afrikanische Staatschefs versuchen, die Kohlenwasserstoffreserven ihres Kontinents zu erschließen, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben.

Die fragile Struktur der globalen Dekarbonisierung hing von der Finanzierung durch ihren wichtigsten Förderer ab, den Vereinigten Staaten. Als dieser Geldfluss mit dem Amtsantritt der Trump-Regierung versiegte, beschleunigte sich der Niedergang einer ohnehin schon maroden Klimadiskussion. Was nun bleibt ist, den bösartigsten Betrug des 21. Jahrhunderts vollständig zu entlarven und eine Generation aufzuklären, die in öffentlichen Schulen und „woke“ Universitäten propagandistisch indoktriniert worden ist.

Die Wahrheit ist nach und nach ans Licht gekommen. Uns wurde gesagt, dass Waldbrände beispiellos seien, doch historische Daten zeigen, dass die Häufigkeit von Bränden weltweit zurückgegangen ist. Uns wurde gesagt, dass die Arktis eisfrei sein würde, doch sie bleibt gefroren. Uns wurde von einer „klimabedingten“ Nahrungsmittelkrise erzählt, während die milde Erwärmung und der Anstieg des CO₂-Gehalts – ein wichtiger Nährstoff für Pflanzen – zu einer globalen Begrünung und Rekorderten beigetragen haben. Die Nahrungsmittelversorgung ist sicherer geworden, nicht unsicherer.

Die Kluft zwischen alarmistischen Vorhersagen und der beobachteten Realität lässt sich nicht mehr verbergen. Wissenschaftler haben die Öffentlichkeit bewusst mit selektiv ausgewählten Daten in die Irre geführt, Computermodelle so lange manipuliert, bis sie das „richtige“ beängstigende Ergebnis lieferten, und jedes natürliche Wetterereignis als „Beweis“ für den Klimawandel bezeichnet. Was als „Konsens“ ausgegeben wurde, war nichts anderes als ein Kartell von Profiteuren, die sich an der Schuld der Öffentlichkeit und den Steuergeldern bereicherten.

Dies war keine wissenschaftliche Untersuchung in gutem Glauben, sondern

vielmehr Propaganda, die darauf abzielte, Angst zu schüren, die Entscheidungen der Verbraucher zu kontrollieren und eine massive politische und wirtschaftliche Umgestaltung zu rechtfertigen. Ein Großteil der Öffentlichkeit, der diese Unehrllichkeit spürt, hört nicht mehr zu. Die Autorität der Klimaexperten ist beschädigt, vielleicht sogar unwiderruflich. Ihre unaufhörlichen „Wolfsrufe“ haben das Klimamonster nicht hervorgebracht.

Der Klimakult erklärte genau den Motoren den Krieg, welche die Menschheit aus Hunger und Not befreit haben. Sein Vermächtnis ist wirtschaftlicher Vandalismus und moralischer Verfall. Der Bann bricht, und was aus den Trümmern hervorgeht, ist nicht Verzweiflung, sondern Befreiung – eine lang erwartete Rückkehr der Vernunft in eine Welt, die von Angst gefangen gehalten wurde.

This commentary was first published at [The Hill](#) December 9, 2025.

Vijay Jayaraj is a Science and Research Associate at the [CO₂ Coalition](#), Fairfax, Virginia. He holds an M.S. in environmental sciences from the University of East Anglia and a postgraduate degree in energy management from Robert Gordon University, both in the U.K., and a bachelor's in engineering from Anna University, India.

Link: <https://clintel.org/climate-cults-inevitable-dissolution/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

USA: Die Grün-Vorschriften eines Staates können zum Alptraum eines anderen Staates werden

geschrieben von Chris Frey | 19. Dezember 2025

[Bonner Cohen, Ph. D.](#)

Staaten, die Vorschriften für „saubere Energie“ eingeführt haben, sind es gewohnt, dass Steuerzahler in anderen Staaten ihnen dabei helfen, die Kosten für ihren ungestümen Marsch in Richtung einer grünen Utopie zu tragen. Dies gilt insbesondere dann, wenn dafür Hochspannungsleitungen über weite Strecken verlegt werden müssen, um die in abgelegenen Gebieten erzeugte, intermittierende Wind- und Solarenergie zu übertragen.

Da sie jedoch nicht länger bereit sind, als unschuldige Zuschauer bei den Machenschaften anderer zuzusehen, werden immer mehr Stimmen laut, die ein Ende dieser Praxis fordern. „Die Bundesstaaten müssen die Kosten für ihre eigenen Ziele tragen. Das ist ein Grundprinzip der Kostenverteilung – und es wird derzeit im ganzen Land ignoriert“, **bemerkt** die Abgeordnete Julie Fedorchak (R-ND). „Familien und Unternehmen in Bundesstaaten wie North Dakota sollten keine höheren Stromrechnungen bezahlen müssen, nur weil andere Bundesstaaten unrealistische, teure Vorschriften erlassen.“

Fedorchak hat kürzlich einen Gesetzentwurf vorgelegt, den „Fair Allocation of Interstate Rates (FAIR) Act“, der sich gegen die derzeitige Praxis richtet, dass regionale Behörden die Kosten für lange zwischenstaatliche Übertragungsleitungen auf alle Verbraucher in der Region umlegen, unabhängig davon, wer davon profitiert. Diese Kostenverlagerung dient den Interessen von Bundesstaaten, die aggressiv erneuerbare Energien fördern. Es handelt sich jedoch um eine „schlechte Nachbarschaftspolitik“, welche die Stromkosten für alle in die Höhe treibt und die Enteignung von Privatgrundstücken fördert, um Platz für unerwünschte Übertragungsleitungen zu schaffen.

Die wachsende Wut unter Landwirten und Viehzüchtern, die sehen, wie wertvolle Anbauflächen auf dem Altar der grünen Agenda anderer geopfert werden, veranlasste Fedorchak im September, einen Brief an die Federal Energy Regulatory Commission (FERC) zu schreiben, in dem sie die formelle Beschwerde ihres Bundesstaates gegen die regionale Kostenverteilungsformel des Midcontinent Systems Operator (MISO) zur Belastung der Kunden für neue Übertragungsleitungen unterstützte. MISO ist der Stromnetzbetreiber für 15 Bundesstaaten im Zentrum der USA und die kanadische Provinz Manitoba. Nach North Dakota schlossen sich Arkansas, Louisiana, Mississippi und Montana der Beschwerde an.

Fedorchak bezeichnete die derzeitige Kostenverteilungsregelung als „Subventionssystem“ und **schrieb**: „Der massive Ausbau in der MISO-Region wird durch die aggressiven Dekarbonisierungsziele mehrerer MISO-Staaten vorangetrieben, aber North Dakota gehört nicht dazu. Die Staaten müssen die Kosten für ihre eigenen Ziele tragen.“ In ihrem Brief wurde Fedorchak von den Senatoren John Hoeven (R) und Kevin Cramer (R) aus North Dakota unterstützt, die im Senat einen Begleitentwurf zum FAIR Act eingebracht haben.

Hunderte Kilometer südlich von North Dakota **befürwortete** die Mississippi Public Service Commission Fedorchaks Gesetzentwurf mit den Worten: „Maßnahmen, die diese ungerechten Übertragungskosten und Quersubventionierungen fördern, sollten gestoppt werden.“

Fedorchaks **Gesetzentwurf** zur Beendigung der Sozialisierung der Kosten für die Übertragung grüner Energie würde Folgendes bewirken:

- „Die Kostenverteilung für politikgesteuerte Übertragungen auf

Verbraucher in Bundesstaaten verbieten, die die zugrunde liegende Politik nicht gebilligt haben oder davon profitieren.

- Die Zuständigkeit der Bundesstaaten wiederherstellen und Gebührenzahler und Landbesitzer davor schützen, Projekte zu subventionieren, die sie nicht benötigen.
- Die FERC verpflichten, innerhalb von sechs Monaten Durchführungsbestimmungen zu erlassen.“

„Unsere Gesetzgebung schützt das Prinzip „Der Nutzer zahlt“, indem sie sicherstellt, dass Aktivisten in Los Angeles, Chicago oder Minneapolis, die teure, unzuverlässige Energie vorschreiben, die Kosten für ihre Entscheidungen selbst tragen“, [sagte](#) Crammer.

Die Bemühungen, Steuerzahlern und Landbesitzern die Kosten für die Vorschriften anderer Bundesstaaten im Bereich erneuerbare Energien zu ersparen, sind nun Teil einer größeren Initiative des Kongresses, die darauf abzielt, das bekanntermaßen langsame Genehmigungsverfahren des Bundes für Infrastrukturprojekte zu beschleunigen. Der derzeitige Entwurf des parteiübergreifenden „Standardizing Permitting and Expediting Economic Development ([SPEED](#)) Act“ trägt zwar wesentlich dazu bei, Bürokratie abzubauen und Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Projekten der Infrastruktur einzudämmen, birgt jedoch die Gefahr, dass er für die Interessen von Wind- und Solarenergie-Entwicklern missbraucht wird. Konkret könnte der Gesetzentwurf am Ende Formulierungen enthalten, die den Bau von Übertragungsleitungen zur Anbindung entfernter Wind- und Solarparks an das Stromnetz erleichtern – alles im Namen der „Genehmigungsreform“.

Falls Entwickler von Wind- und Solarparks möchten, dass ihre abgelegenen Anlagen an Ballungszentren mit hohem Strombedarf angeschlossen werden, sollten sie die Kosten für die Übertragungsleitungen selbst tragen. Dies wäre natürlich für eine Branche unerschwinglich teuer, die bereits unter dem Auslaufen der staatlichen Subventionen leidet. Gesetzgeber, die das Stromnetz des Landes modernisieren wollen, um der steigenden, durch KI getriebenen Stromnachfrage gerecht zu werden, sollten zweimal überlegen, bevor sie einer Branche, die ohne Steuergelder nicht überleben kann, eine Rettungsleine zuwerfen.

Die viel gepriesene Energiewende, in deren Namen grüne Auflagen eingeführt wurden, wird durch die Realitäten der Technologie des 21. Jahrhunderts rasch überholt. Die Kosten dieser Auflagen auf Verbraucher in Bundesstaaten abzuwälzen, die sie nie eingeführt haben, ist ein extraterritorialer Machtmissbrauch.

This article originally appeared at [Real Clear Energy](#)

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/12/14/one-states-green-mandates-can-become-another-states-nightmare/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE